

**Vortrag von IHK-Hauptgeschäftsführer Volker Giersch
anlässlich des 5. Fachkongresses des VdW saar
„Energetische Zukunft des Wohnens“
am 8. Dezember 2011 in Saarbrücken**

Herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrem Fachkongress. Und Kompliment, dass Sie gemeinsam eine so attraktive und gut besuchte Veranstaltung organisiert haben. Unsere IHK ist gerne mit dabei – auch deshalb, weil Energiepolitik für unser Land und seine Wirtschaft ein spannendes und wichtiges Politikfeld ist.

Ich gestehe allerdings freimütig: Ich bin kein Experte für den Themenschwerpunkt ihres Fachkongresses – für die energetische Zukunft des Wohnens. Und bitte um Verständnis, dass ich eng bei meinem Thema „Energie als Standortfaktor“ bleibe – als Standortfaktor für die Saarwirtschaft.

Und da gibt es ja durchaus auch einen engen Bezug zu Ihrer Branche. Denn nur wenn die saarländische Wirtschaft weiter wächst und gedeiht, stimmen auch die Perspektiven der saarländischen Immobilien- und Wohnungswirtschaft. Oder positiv gewendet: Je mehr Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze es hier gibt, desto mehr Menschen werden künftig hier im Land leben und desto mehr Wohn- und Gewerbeimmobilien werden hier nachgefragt und – so gewollt – auch energetisch optimiert.

Meine Damen und Herren, gerade hier im Saarland ist der Standortfaktor Energie von besonderer Bedeutung.

Sie alle wissen: Das Saarland ist ein **Industrieland**. Der Anteil der Industrie liegt hier deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Unsere Industrie ist der wichtigste Motor für Innovation, Beschäftigung und Wachstum. Viele Arbeitsplätze im Handel, Handwerk und Dienstleistungsbereich hängen von der industriellen Wertschöpfung

ab. Und deshalb liegt auch die Zukunft unseres Landes darin, dass es Industrieland bleibt. Hierin gibt es gottlob auch einen breiten Konsens.

Fakt ist zudem, dass die Saarindustrie **stark exportorientiert** ist. Ihre Produkte sind weltweit gefragt. Insgesamt gehen mehr als 70 Prozent unserer Industrieproduktion ins Ausland. 50 Prozent direkt und weitere 20 Prozent indirekt.

70 Prozent Exportanteil heißt dann auch:

- Unsere Saarwirtschaft hat gute Wachstumschancen, weil sie stärker als andere Regionen vom Wachstum der Weltwirtschaft profitiert.
- Aber: Sie ist auch in besonderem Maße dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Das heißt: Sie ist angewiesen auf günstige, auf wettbewerbsfähige Standortbedingungen. Und da spielen dann auch die Energiekosten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im Saarland ganz besonders.

Denn: Die Saarindustrie ist in besonderem Maße **energieintensiv**. Das liegt am Branchenmix: Energieintensive Branchen wie Stahlindustrie, Gießereien, Schmieden, Automobilindustrie und Metallverarbeitung haben hier ein relativ hohes Strukturgewicht. Allein auf die Stahlindustrie entfällt ein Sechstel des gesamten saarländischen Stromverbrauchs. Ein Preisanstieg um einen Cent je Kilowattstunde führt hier zu jährlichen Mehrkosten von elf Millionen Euro. **Die Saarindustrie ist also in besonderem Maße auf eine sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen.** Gerade im Saarland ist **Energiepolitik** deshalb immer auch **Standortpolitik**.

Weil das so ist, hat unsere IHK die Entwicklung des „**Masterplans Energie**“ hier im Saarland ebenso intensiv wie konstruktiv begleitet. Dieser Plan enthält **einerseits** Ziele, die energiepolitisch sehr ambitioniert sind. **Andererseits** hat sich die **Landesregierung** aber auch klar und eindeutig zum **Industrie- und Energiestandort Saarland bekannt**. Dies begrüßen wir ausdrücklich, Frau Ministerin.

Entscheidend wird jetzt sein, **wie** die saarländische Energiepolitik auf der Grundlage dieses Plans konkret ausgestaltet wird. Da ist ja auf der Maßnahmenebene und in der Umsetzung noch Vieles offen. Für uns ist entscheidend, dass die Energiepolitik hier im Land kein einschnürendes Korsett wird, sondern **energieseitig** die Voraussetzungen schafft für weiteres wirtschaftliches Wachstum – soweit es in ihrem Einfluss liegt. Dafür wird sich unsere **IHK** jedenfalls weiterhin **einsetzen**.

Wichtig ist hier insbesondere auch der Blick nach Berlin und Brüssel. Denn die **entscheidenden** energiepolitischen Weichenstellungen werden nicht im Saarland getroffen, sondern auf EU- und Bundes-Ebene. Und hier haben Bundestag und Bundesrat ja gerade erst eine **grundlegende Neuausrichtung** der deutschen Energiepolitik beschlossen:

- den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie (*als einziges Industrieland weltweit*)
- und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf **35 Prozent** bis **2020** und auf **80 Prozent bis 2050**.

Im Ergebnis folgt daraus zweierlei:

- **Strom** wird (*noch*) **teurer** werden, und zwar **erheblich**.
- Und: Wir müssen **große Anstrengungen** unternehmen, eine weiterhin **ausreichende** und **verlässliche Stromversorgung** sicherzustellen.

Die Herausforderung ist gewaltig.

Nach einem Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen wird der **Ausstieg** aus der Kernenergie, verbunden mit einer kompletten Umstellung auf erneuerbare Energien, bis zur Mitte des Jahrhunderts **Investitionen** in Höhe von **1,5 Billionen Euro** erfordern. Darin enthalten sind der Bau neuer **Erzeugungsanlagen**, die Ertüchtigung des Stromnetzes, die Entwicklung und der Einsatz **neuer Stromspeicher** sowie von Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz. Nur zum

Vergleich: Für die Wiedervereinigung haben wir in den vergangenen 20 Jahren rund 1,7 Billionen Euro gezahlt. Und sogar für den gehebelten Euro-Rettungsschirm werden „nur“ 1,25 Billionen veranschlagt.

Es geht also um richtig viel Geld. Und das bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf Kosten und Preise. Bereits heute sind die **Strompreise** in Deutschland **relativ hoch**. (*Wir alle spüren es*). Und das liegt **vor allem** daran, dass es erhebliche staatlich bedingte **Zusatzlasten** gibt: Kraft-Wärme-Kopplungs-Abgabe, Erneuerbare-Energien-Abgabe, Konzessionsabgabe, Stromsteuer und Mehrwertsteuer summieren sich inzwischen zu einem Anteil von fast 45 Prozent am Haushaltsstrompreis. Auch die Wirtschaft hat schwer an diesen Zusatzlasten zu tragen: Unsere saarländischen Unternehmen werden in diesem Jahr – vorsichtig geschätzt – mehr als 150 Millionen Euro für die EEG-Abgabe zahlen.

Der hohe Strompreis macht unserer Industrie schon jetzt zu schaffen. In der Gruppe der großen Industrieländer hat Deutschland nach Italien die höchsten Industriestrompreise in Europa. Die Kilowattstunde kostet hier fast **50 Prozent** mehr als im benachbarten **Frankreich**. Und: In keinem Land Europas steigen die Strompreise Jahr für Jahr so stark wie in Deutschland. EU-Kommissar hat deshalb gerade erst gefordert, die Stromabgaben hierzulande zu senken.

In jedem Fall müssen wir den weiteren Anstieg in engen Grenzen halten – mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, aber auch mit Blick auf die privaten Haushalte. Denn hier gilt: Je höher die Stromrechnung, desto weniger Kaufkraft bleibt für anderes. Das trifft Einkommensschwächere besonders und bremst natürlich auch die Entwicklung in Handel, Handwerk, Dienstleistungen und wohl auch in der Wohnungswirtschaft.

Die IHK-Organisation appelliert daher an die Bundesregierung, die Einspeisevergütungen schneller als bisher abzusenken. Auf lange Sicht müssen die erneuerba-

ren Energien dann ganz ohne staatliche Alimentierung auskommen. Und das wird nur möglich sein, wenn der Strom vor allem dort erzeugt wird, wo es sich am besten rechnet. Wind- und Solarparks gehören vor allem dorthin, wo die Sonne häufig scheint und wo der Wind stark bläst.

Meine Damen und Herren,

um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten, brauchen wir aber nicht nur bezahlbare Strompreise. Wir brauchen zugleich ein hohes Maß an **Versorgungssicherheit**. Strom muss jederzeit in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Denn unsere modernen industriellen **Produktionsprozesse** haben inzwischen ein **enormes Komplexitäts- und Präzisionsniveau** erreicht. Sie reagieren äußerst **empfindlich auf Störungen der Stromversorgung**: Schon minimale Spannungs- oder Frequenzschwankungen im Elektrizitätsnetz können Produktionsausfälle und nachhaltige Beschädigungen der Anlagen verursachen. Das bedeutet: Wir müssen auch künftig **gewährleisten**, dass **Netzspannung** und **Frequenz selbst im Millisekundenbereich stabil bleiben**, um die industriellen Prozesse nicht zu gefährden. Wenn das nicht gelingt, werden die Unternehmen die entsprechende **Produktion** ins Ausland **verlagern** und auch die damit verbundenen Arbeitsplätze. Das können wir nicht wollen. Auch deshalb nicht, weil es im Ausland zum Teil deutlich niedrigere Umweltstandards gibt, weil die Emissionen deshalb höher wären und die **Produktionsverlagerung** der Umwelt und dem Klima deshalb per saldo schaden würde.

Mit Sorge beobachten wir, dass der dringend notwendige Netzausbau, den die Energiewende erfordert, nicht recht vorankommt. Damit steigen die **technischen Risiken der Energiewende**. Die vorhandenen **Netze** arbeiten schon heute **am Rande der Belastbarkeit** und die **Bundesnetzagentur warnt** inzwischen immer eindringlicher vor **großflächigen Stromausfällen**. Das bereitet uns zunehmend Bauchschmerzen.

Der **Ausbau** der erneuerbaren Energie, insbesondere der **Off-shore-Windenergie**, kann und wird ohne einen **beschleunigten Netzausbau** nicht gelingen. Der Neubau von Hochspannungsleitungen ist aber hierzulande eine äußerst langwierige Angelegenheit. Zwischen zehn bis 15 Jahre gehen von der Antragstellung bis zur Fertigstellung ins Land. Nicht zuletzt deshalb sind in Deutschland in den letzten Jahren gerade einmal **100 Kilometer** neue Hochspannungsleitungen fertig gestellt worden. Zum Vergleich: Wir benötigen – so eine aktuelle Studie der deutschen Energieagentur – für die Energiewende **mehr als 4.000 Kilometer** neue **Hochspannungsleitungen**. Überlange Genehmigungsverfahren sind da nicht länger akzeptabel.

Deshalb hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Herbst den Entwurf einer neuen **EU-Verordnung** vorgelegt, mit der die **Planung** und **Genehmigung** wichtiger **Stromtrassen** verkürzt werden soll. Ein Kernelement ist dabei die Einrichtung einer zuständigen Behörde in jedem Mitgliedsland. Der Genehmigungsprozess soll durch eine einzige Anlaufstelle, ein so genannter „one-stop-shop“, koordiniert werden. Die Genehmigungsentscheidung soll so nach drei Jahren vorliegen. Reformschritte in diese Richtung sind dringend nötig – auch deshalb, weil wir infolge des deutschen Atomausstiegs – auf europäischer Ebene – eine stärkere Verbindung der nationalen Stromnetze brauchen.

Doch selbst wenn wir diese Schritte beherzt gehen, wird es zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit weiter nötig sein, Strom in nennenswertem Umfang – vor Ort – zu erzeugen. Deswegen kommt auch dem saarländischen **Kraftwerks-park** (vor allem auch den Kohlekraftwerken) eine besondere Bedeutung für die Stabilisierung des Stromnetzes zu. Unsere IHK setzt sich daher für die **betriebswirtschaftliche** und **technische Optimierung der Laufzeiten** unserer Bestandskraftwerke ein. Auch den Bau neuer Kraftwerke im Saarland – „konventioneller“ wie „regenerativer“ - befürworten wir. Und deshalb werden wir auch die Landesre-

gierung dabei unterstützen, bei **Neubauprojekten** für mehr **Akzeptanz** bei der Bevölkerung zu werben.

Also nochmals: Unser **Land** wird **wirtschaftlich** nur **erfolgreich** sein können, wenn es Industrieland bleibt. Und das setzt zwingend voraus, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und dass die **Strompreise bezahlbar** bleiben – gerade auch **in Relation zu anderen Industrieländern**.

Und ich füge mit Blick auf die **Immobilienwirtschaft** hinzu: Wenn wir die Industrie in unserem Land energiepolitisch überfordern, dann wird das nicht ohne erhebliche **negative Rückwirkungen** auf Wachstum, Einwohnerzahl und Immobiliennachfrage bleiben. Lassen Sie uns deshalb **gemeinsam für eine Energiepolitik** in Bund und Land werben, die auch die **Zukunftschancen** unsere Wirtschaft fest im Blick hat.

Meine Damen und Herren,

in den letzten zwei Jahrzehnten ist es uns in Deutschland überzeugend **gelingen**, **Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum zu entkoppeln**. Das ist der Lohn stetiger Anstrengungen, die **Energieeffizienz** zu steigern – ein Lohn, der auch daraus resultiert, dass Unternehmen und private Haushalte angesichts der hohen und weiter steigenden Energiepreise ein starkes Eigeninteresse haben, Energie in jeder Form einzusparen. Speziell in den energieintensiven Branchen sind die Betriebe dabei bereits sehr weit vorangekommen. In anderen Bereichen, etwa bei **Wohngebäuden**, schlummern aber noch **beträchtliche Potenziale**, die es möglichst bald zu heben gilt. Und das ist ja auch das **Ziel dieser Fachtagung**: Wege aufzeigen, dieses **Einsparpotenzial** konsequent zu nutzen. Und hier sollte die Politik dann auch vorrangig ansetzen: durch aufklärende Information und durch finanzielle Anreize, die Energie einsparende Investitionen rentabel machen.

Gesetzlich verankerten Zwang und die damit verbundene **Kontrollbürokratie** halten wir aber für den **falschen Ansatz** – auch deshalb, weil er oft kontraproduktiv sein kann. Siehe Baden-Württemberg. Dort hat die Landesregierung in ihrem Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz vorgeschrieben, dass ab 2010 beim Ersatz wesentlicher Komponenten einer alten Heizungsanlage zehn Prozent des Wärmeenergiebedarfs durch regenerative Energien zu gewinnen sind. Die ungewollte Folge dieses Gesetzes war ein massiver Investitionsstau: Viele Hauseigentümer haben die Modernisierung ihrer zentralen Heizungsanlage aufgrund der höheren Kosten zunächst einmal zurückgestellt. Im Ergebnis hat das Gesetz der Umwelt also mehr geschadet als genützt. Und wir sollten daraus lernen, meine Damen und Herren: Unrentable Investitionen lassen sich zumeist nicht durch Gesetze erzwingen.

Auch für die energiepolitischen Überlegungen hier im Land sollte deshalb gelten: **Information, Überzeugung, Investitionsanreize ja - Investitionszwang nein.** Insofern stimmen wir der Ministerpräsidentin voll und ganz zu, wenn sie zum Thema „Stärkere Nutzung erneuerbarer Energien“ sagt: „Wir müssen hier auf Freiwilligkeit und Anreize setzen und dürfen die Menschen nicht überfordern, weil sie sonst überhaupt nichts tun werden, aus Furcht vor den möglichen Kosten.“ Und dieser Erkenntnis folgt dann ja auch das Förderprogramm des Landes „Klima Plus Saar“.

Meine Damen und Herren,
die Immobilienwirtschaft steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Sie muss zum einen **Lösungen** finden, die den weiterhin absolut und relativ **steigenden Energiepreisen** Rechnung tragen – durch Investitionen, die die **Energieeffizienz** verbessern. Sie muss zugleich aber auch passende Antworten geben auf den Klimawandel – sprich auf den **Temperaturanstieg**, der für die nächsten Jahrzehnte vorgezeichnet ist und insbesondere auch auf den **demogra-**

fischen Wandel – sprich die älter werdende Bevölkerung und auf die damit einhergehenden Veränderungen der Nachfrage.

Die Entscheidungen, meine Damen und Herren, die Sie heute und in den nächsten Jahren treffen, bestimmen wesentlich mit, wie lebenswert unser Land in Zukunft sein wird. Unsere IHK steht an Ihrer Seite und wünscht Ihnen viel Erfolg. Und wenn es darum geht, für energieoptimiertes Bauen und Wohnen zu werben, das sich rechnet, ist unsere IHK natürlich weiter mit dabei.

Daher wäre es auch ordnungspolitisch falsch und energiepolitisch kontraproduktiv, wenn die Landesregierung im geplanten mit Saarländischen Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz ähnliche Regelungen vorsehen würde und zudem auch noch gewerblich genutzte Gebäude in den Geltungsbereich dieses Gesetzes mit einbezöge: Die Kosten solchermaßen erzwungener – das heißt, nicht rentabler – Investitionen stellen hausgemachte Wettbewerbsnachteile für die saarländische Wirtschaft dar, die wir uns nicht leisten können.

Auch würden damit Bemühungen konterkariert werden, die Herausforderungen des demographischen Wandels erfolgreich zu bewältigen. Wir wissen inzwischen alle zur Genüge, dass die Bevölkerung unseres Bundeslandes stark schrumpft und altert. Damit gerät nicht nur die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft unter direkten Anpassungsdruck, sondern die Wirtschaft allgemein leidet unter dem beginnenden Fachkräftemangel. Wie sollen wir da noch junge Menschen und Familien dazu bewegen, zu uns ins Saarland zu kommen, um hier zu leben und zu arbeiten, wenn wir selbst künstlich die Preise erhöhen. Steigende Kosten für Wohnraum fördern nicht gerade die Attraktivität unseres Landes im Wettbewerb um die besten Köpfe.

Meine Damen und Herren,

Politik, Wirtschaft und Bürger stehen gegenwärtig vor der Herausforderung, die notwendigen Veränderungen unseres Energieversorgungssystems mit Augenmaß,

Verlässlichkeit und Kompromissfähigkeit auf den Weg zu bringen. Ohne Frage werden dabei auch erneuerbare Energien eine wachsende Bedeutung haben. Dabei muss jedoch die Versorgungssicherheit ebenso gewährleistet sein wie wettbewerbsfähige Energiepreise. Der Preis der geplanten Energiewende darf nicht die Deindustrialisierung unseres Landes sein. Damit würden wir alle Zukunftschancen verspielen.